

# FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **August / September 2020**

## **Liebe Leserinnen und Leser!**

*Fünf Jahre „Sommer der Flucht“ – fünf Jahre „wir schaffen das!“*

*Am 31.08.2015 sagte Angela Merkel auf der Bundespressekonferenz angesichts der vielen Flüchtlinge, die Schutz in Europa suchten und insbesondere in Ungarn gestrandet waren: „Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“ Kurz darauf durften Schutzsuchende von Ungarn über Österreich nach Deutschland einreisen. Fünf Jahre später ist festzuhalten, dass eine Menge geschafft wurde. Viele Helferinnen und Ehrenamtlerinnen haben die ankommenden Flüchtlinge empfangen. Die Willkommenskultur hat die Integration von mehr als einer Million Schutzsuchender ermöglicht. Aus den Flüchtlingen sind Nachbarinnen, Kolleginnen und Freundinnen geworden. Und das, obwohl die Bundesregierung bereits im Herbst 2015 auf eine Abschreckungspolitik setzte und das Asylrecht immer weiter verschärfte. PRO ASYL veröffentlichte am 31.08.2020 zum Jahrestag von „Wir schaffen das“ eine Pressemitteilung, in der die Gesetzesverschärfungen aufgelistet werden. Gleichzeitig appellierte PRO ASYL, dass Deutschland auch gegenwärtig eine erhebliche Zahl von Schutzsuchenden aufnehmen müsse. Flüchtlinge verzweifelten in Elendslagern auf den griechischen Inseln, auf der Balkanroute, in der Türkei, im Libanon und im Folterstaat Libyen. Als Flüchtlingsrat NRW haben wir gemeinsam mit 26 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen am 02.07.2020 die gemeinsame Erklärung #offengeht veröffentlicht. Darin fordern wir unter anderem, das Asylrecht an den europäischen Grenzen zu gewährleisten und freie Kapazitäten in den Kommunen zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge zu nutzen.*



*In diesem Newsletter berichten wir über die aktuelle Situation bei den Seenotrettungsmissionen auf dem Mittelmeer und beschäftigen uns mit der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen fünf Jahre nach dem Sommer der Flucht. In weiteren Artikeln beleuchten wir die Situation von Menschen ohne Papiere und stellen den Jahresbericht 2019 der nordrhein-westfälischen Abschiebungsbeobachtung vor.*

*Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen@fnrw.de](mailto:initiativen@fnrw.de). Unter [www.fnrw.de](http://www.fnrw.de) könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.*

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 26.09.2020

Datum: Samstag, 26.09.2020 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Stadtteilzentrum Q1, Halbachstraße 1, 44793 Bochum und zusätzlich online

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen,

wir möchten Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Wir freuen uns, dass wir die kommende Mitgliederversammlung wieder als Präsenzveranstaltung durchführen können. Da die zulässige Teilnehmerzahl aufgrund coronabezogener Auflagen begrenzt ist, werden wir zusätzlich die Online-Teilnahme an der Versammlung ermöglichen. Zur Teilnahme sowohl in Präsenz als auch online ist eine Anmeldung bis **zum 23.09.2020** per E-Mail an **initiativen@frrnw.de** notwendig.

Die vollständige Einladung inklusive der Tagesordnung findet Ihr [hier](#).

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Ali Ismailovski, Evelyn Meinhard, Ingo Pickel, Andre Schuster (Vorstand des FRNRW)

#### Aktuelles zu Seenotrettungsmissionen auf dem Mittelmeer

Ein Bündnis der Hilfsorganisationen „Sea-Watch“, „Ärzte ohne Grenzen“ und „United4Rescue“ hat, einem taz.de Bericht vom 06.08.2020 zufolge, den Start einer neuen zivilen Seenotrettungsmission im Mittelmeer bekannt gegeben. Finanziert werde die Rettungsmission von mehr als 550 Organisationen. Die „Sea-Watch 4“ sei am 15.08.2020 zu ihrem ersten Rettungseinsatz ausgelaufen und befinde sich derzeit als einzige zivile Rettungsmission auf dem Mittelmeer. Dies berichtete Spiegel Online am 15.08.2020. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 23.08.2020 hat sie während ihres ersten Einsatzes bereits 104 Schiffbrüchige an Bord genommen.

In den vergangenen Wochen wurden, einer Pressemitteilung der Rettungsorganisation „Sea-Eye“ vom 05.08.2020 zufolge, mehrere Rettungsschiffe unterschiedlicher Organisationen von den italienischen Behörden aufgrund angeblicher „Sicherheitsbedenken“ festgesetzt und am Auslaufen gehindert.



„Sea-Eye“, deren Schiff „Alan Kurdi“ im Mai 2020 für mehr als sieben Wochen im Hafen von Palermo festgesetzt wurde, habe mittlerweile Klage gegen das italienische Verkehrsministerium und die Hafenbehörde von Palermo eingereicht. Ein Rechtsgutachten der Universität Hamburg habe die „Sicherheitsbedenken“ der italienischen Behörden, die eine zu geringe Anzahl an Sanitär- und Abwasseranlagen sowie nicht hinreichende Sicherheitszertifikate bemängelt hätten, widerlegt. Das Gutachten stütze die Argumentation der Berufsgenossenschaft (BG) Verkehr, die bereits nach der Festsetzung des Schiffs wiederholt bestätigt habe, dass die „Alan Kurdi“ sowohl über die benötigten Sicherheitszertifikate

verfüge als auch die einschlägigen umweltrechtlichen Standards erfülle. Italiens Argumentation folgend handele es sich bei ziviler Seenotrettung um geplante Rettungseinsätze; Schiffe müssten daher so ausgerüstet sein, dass sie auch im Normalbetrieb eine hohe Personenzahl an Bord haben könnten: „Denkt man die italienische Argumentation zu Ende, dann müssten auch alle staatlichen Rettungsschiffe festgesetzt werden, weil es regelmäßig vorkommt, dass sie eine größere Zahl Menschen vor dem Ertrinken retten müssen, als sie im Normalbetrieb an Bord haben dürften“, so einer der Gutachter, der Seerechtsexperte Valentin Schatz. Doch auch deutsche Behörden setzen Rettungsmissionen unter dem Vorwand von „Sicherheitsbedenken“ fest. Wie die in der Ägäis tätige Organisation „Mare Liberum“ am 19.08.2020 berichtete, wurden ihre zwei Schiffe mit der Begründung, sie würden die Vorgaben der kürzlich beschlossenen schiffssicherheitsrechtlichen Änderungen nicht erfüllen, am Auslaufen gehindert.

Derweil setzt sich das Sterben auf dem Mittelmeer fort. Tagesschau.de berichtete am 19.08.2020 über das bisher folgenschwerste registrierte Schiffsunglück vor der Küste Libyens seit Jahresbeginn, bei dem Angaben von UNHCR und IOM zufolge 45 Migrantinnen, darunter fünf Kinder, ums Leben gekommen sind. Laut der Datenplattform „Missing Migrants“ sind seit Jahresbeginn 558 Todesopfer auf dem Mittelmeer registriert worden (Stand: 07.09.2020); die Dunkelziffer liegt vermutlich höher.

[taz.de: „Sea Watch 4“ läuft bald aus \(06.08.2020\)](#)

[Spiegel Online: „Sea Watch 4“ startet ersten Hilfseinsatz \(15.08.2020\)](#)

[Süddeutsche Zeitung: „Sea-Watch 4“ im Einsatz \(23.08.2020\)](#)

[Sea Eye Pressemitteilung: Sea-Eye verklagt das italienische Verkehrsministerium \(05.08.2020\)](#)

[Mare Liberum: Pressemitteilung. Deutschland setzt Schiffe von Mare Liberum fest \(19.08.2020\)](#)

[Tagesschau.de: 45 Flüchtlinge sterben bei Schiffsunglück \(19.08.2020\)](#)

[Missing Migrants: Tracking Deaths along Migratory Routes. The Mediterranean \(Stand: 25.08.2020\)](#)

## Corona-Pandemie stoppt gute Entwicklung bei Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Am 19.08.2020 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Pressemitteilung über die Auswertung von insgesamt vier, auf dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) basierenden Studien zur beruflichen und schulischen Situation von Flüchtlingen. Diese sei in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits gut. Die Ergebnisse der Studien beruhen auf Befragungsdaten der Jahre 2016 bis 2018. Geflüchtete Kinder und Jugendliche seien gut in der Schule integriert und nähmen überdurchschnittlich häufig Ganztagschulen und Hortangebote in Anspruch. Mehr als 80 % der geflüchteten Kinder und Jugendlichen fühlen sich nach eigenen Aussagen wohl an ihrer Schule; mehr als 90 % der geflüchteten Zwölfjährigen sprechen mit ihren Freundinnen überwiegend Deutsch. Nachholbedarf bestehe jedoch im Bereich der außerschulischen Integration; Flüchtlingskinder seien im Bereich der freiwilligen Bildungsangebote, etwa in Sportvereinen und Schul-AGs, noch unterrepräsentiert.

Für erwachsene Schutzsuchende seien die Ergebnisse etwas durchwachsener. 67 % der Flüchtlinge, insbesondere männliche und höher gebildete Schutzsuchende, erwarteten 2016, dass sie zwei Jahre nach ihrer Flucht einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden. Diese positiven Erwartungen hatten sich 2018 jedoch nur für 32 % der Befragten erfüllt. „Die Integration von Geflüchteten ist noch nicht abgeschlossen. Sie ist ein langfristiges gesellschaftliches Projekt, das weiterhin Aufmerksamkeit bedarf. Aber wir befinden uns auf einem guten Weg“, so C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW.

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 04.02.2020 zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aus den größten acht Herkunftsländern (Eritrea, Nigeria, Somalia, Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan und Syrien) ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Flüchtlinge von knapp 85.000 im September 2015 auf mehr als 360.000 im Dezember 2019 gestiegen. Der IAB-Migrationsforscher Herbert Brücker erklärte in der Tagesschau am 28.08.2020, dass die Arbeitsmarktintegration seit 2015 "recht erfolgreich" verlaufen sei. „Vier Jahre nach dem Zuzug seien gut 40 Prozent der Geflüchteten erwerbstätig gewesen, nach fünf Jahren rund die Hälfte.“ Hierfür hilfreich seien Investitionen in Sprachkurse gewesen. Etwa ein Prozent der Angekommenen habe bei der Ankunft in Deutschland sehr gute oder gute deutsche Sprachkenntnisse gehabt. Mittlerweile spreche mehr als die Hälfte gut oder sehr gut Deutsch, so Brücker. Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) habe sich mit der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen zufrieden gezeigt.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben allerdings die Arbeitsmarktsituation von Flüchtlingen verschlechtert. Die FAZ berichtete am 29.08.2020, dass viele Flüchtlinge in der Gastronomie, in Reinigungen, in nicht-medizinischen Gesundheitsberufen und bei Sicherheitsdiensten arbeiten würden. Diese Branchen seien vom Lockdown im Frühjahr dieses Jahres besonders betroffen gewesen, weswegen insbesondere Flüchtlinge Jobs verloren hätten. Laut IAB hätten Flüchtlinge oft nur befristete Arbeitsverhältnisse und seien „weit überdurchschnittlich“ in Kleinunternehmen und als Leiharbeiterinnen tätig. Brücker erklärte in der FAZ, dass die Beschäftigung von Flüchtlingen um vier Prozent gesunken sei. Ebenso sei die Arbeitsmarktintegration von noch erwerbslosen Flüchtlingen „weitgehend zum Erliegen gekommen“. Da Flüchtlinge „in Nischen des Arbeitsmarktes, in denen die Arbeitsnachfrage in den zurückliegenden zehn Jahren weit überdurchschnittlich gestiegen“ tätig seien, rechne das IAB damit, dass bei einer Erholung von der Pandemie diese Jobs wieder ent-

stunden. Wegen des demographischen Wandels könne davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung von Zuwanderung für den Arbeitsmarkt mittel- und langfristig weiter steige, so Brücker.

DIW-Pressemitteilung: Fünf Jahre nach „Wir schaffen das“. DIW Berlin zieht Zwischenbilanz zur Integration von Geflüchteten (19.08.2020)

Tagesschau: Arbeitsmarktstudie. 360.000 Geflüchtete in regulären Jobs (28.08.2020)

FAZ: 5 JAHRE „Wir schaffen das“. Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt hat geklappt (29.08.2020)

### Lebenssituation von Menschen ohne Papiere

Der Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) berichtete am 14.08.2020 über die Situation von Menschen ohne Papiere. Laut der Bremer Wissenschaftlerin Dita Vogel leben in Deutschland schätzungsweise 140.000 Menschen ohne Papiere. In der Studie „Menschen ohne Papiere in Köln – Eine Studie zur Lebenssituation irregulärer Migranten“, die im Auftrag des Rates erstellt und 2007 herausgegeben wurde, seien die Wissenschaftlerinnen Michael Bommes und Maren Wilmes vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück von 20.000 Menschen ohne Papiere in Köln ausgegangen. Laut dieser Studie kam die Mehrzahl der Menschen ohne Papiere in Köln zunächst legal als Touristin, Studierende, Au Pair, Saisonarbeiterin oder Asylsuchender in Deutschland an und blieb dann länger als erlaubt. Der Wechsel von aufenthaltsrechtlicher Legalität in die „Illegalität“ sei nicht selten. Teilweise seien Migrantinnen auch über „mafiotisch organisierte Schlepperorganisationen“ eingeschleust worden und lebten anschließend über Jahre in extremen Abhängigkeitsverhältnissen, z. B. gegenüber ihren Zuhälterinnen. „Menschen ohne Papiere“ waren den Ergebnissen der Studie zufolge insbesondere im Bereich der Privathaushalte Haus- und Pflegearbeiten (insbesondere auch häusliche Pflege von Angehörigen) tätig. Die Wohnungssituation von Menschen ohne Papiere sei äußerst prekär. Viele lebten sehr beengt, mit fehlender Privatsphäre und schwierigen Wohnbedingungen, zu teilweise extrem hohen Mieten. Laut der Studie gab es damals Fälle, in denen sich Menschen seit 15 Jahren in Köln illegalisiert aufgehalten hätten.



**kein  
mensch  
ist  
illegal**

Der KStA geht 2020 von Tausenden Minderjährigen aus, die ohne Papiere in Köln leben. Ob diese die Schulen in Köln besuchen, könne nicht mit Sicherheit gesagt werden. Auch wenn nach der UN-Kinderrechtskonvention jedes Kind ein Recht auf Schulbildung habe und Schulen nicht verpflichtet seien, Kinder und Jugendliche ohne Papiere zu melden, konnten einer Studie der Universität Bremen

von 2015 zufolge 62 Prozent der befragten Schulen keinen „gangbaren Weg zur Schulanmeldung des papierlosen Kindes“ aufzeigen. Zudem seien Lehrerinnen und Schulverwaltungen über die Rechtslage schlecht informiert.

Birte Lange vom Kölner Flüchtlingsrat, die Menschen ohne Papiere betreut, erklärte im KStA, dass auch 2020 die Situation von Menschen ohne Papiere prekär sei. Sie würden schlecht bezahlt oder teilweise um ihren Lohn geprellt. Weil ihnen permanent die Abschiebung drohe, könnten sie sich nicht an die Behörden wenden, um sich gegen die Ausbeutung zu wehren. Auch die medizinische Versorgung sei als kritisch zu bewerten. Viele Betroffene würden aus Angst nicht zum Arzt gehen, weil sie keine Krankenversicherung besäßen.

In Bonn zeichnet sich in Bezug auf die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere eine erste Lösung ab. Dort hatte der Verein „Anonymer Krankenschein“ (AKS) für die Einführung einer medizinischen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Form eines anonymen Krankenscheins oder eines vergleichbaren Konzepts geworben und einen Bürgerantrag gestellt. Mit dem anonymen Krankenschein solle es „allen in Bonn lebenden Menschen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Einkommen oder sozialer Lage – ermöglicht werden, gesundheitliche Betreuung und Behandlung mit einem Leistungsspektrum analog zur gesetzlichen Regelversorgung in Anspruch zu nehmen – ohne Angst vor Weitergabe der Daten an Behörden“, heißt es in diesem Antrag. In der Begründung geht AKS davon aus, dass schätzungsweise 9.000-10.000 Menschen ohne ausreichende medizinische Versorgung in Bonn leben. Nur ein kleiner Teil erhalte durch ehrenamtliche Strukturen wie MediNetzBonn e.V. Hilfe.

Mit einem Schreiben vom 03.08.2020 an die sozialpolitischen Sprecherinnen der lokalen Fraktionen hatte der AKS für ein positives Votum zum Bürgerantrag geworben. Der Sozialausschuss der Stadt Bonn stimmte dem Anliegen des AKS in seiner Sitzung am 19.08.2020 zu und beauftragte die Verwaltung, in Gesprächen mit dem Verein ein Konzept für ein Modellprojekt zu erarbeiten. Zuvor hatte die Stadtverwaltung Stellung zum Antrag genommen und einen Bedarf an unabhängiger, qualifizierter Beratung festgestellt, um Lücken im Versorgungssystem zu schließen und Zugang zum Krankenversicherungssystem zu fördern.

*Kölner Stadt-Anzeiger: Flüchtlingsrat hilft. Tausende Minderjährige leben ohne gültige Papiere in Köln (14.08.2020)*

*Michael Bommers, Maren Wilmes: Menschen ohne Papiere in Köln. Eine Studie im Auftrag des Rates der Stadt Köln (Oktober 2007)*

*Flüchtlingsrat NRW: Meldungen aus den Initiativen - Verein Anonymer Krankenschein (AKS) Bonn bittet Sozialausschuss um Zustimmung zum Bürgerantrag (06.08.2020)*

*AKS Bonn – Aktuelles: Einstimmige Zustimmung des Sozialausschusses (19.08.2020)*

*RIS Bonn: Stellungnahme der Verwaltung „Bürgerantrag: Einführung einer medizinischen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz“ (200645-3 ST) (07.04.2020)*

## Jahresbericht zur Abschiebungsbeobachtung an NRW-Flughäfen für 2019

Am 13.08.2020 wurde der Jahresbericht 2019 der Abschiebungsbeobachtung des Forums Flughäfen in NRW (FFiNW) veröffentlicht. FFiNW wurde 2000 gegründet und ist ein Gremium aus Vertreterinnen von Behörden, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, die im Austausch über den Vollzug von Flugabschiebungen stehen. Ziel ist es, durch die Bündelung von Informationen und Kompetenzen im Zusammenhang mit Flugabschiebungen mehr Transparenz und Aufklärung im Hinblick auf Abschiebungen auf dem Luftweg zu erreichen. Die Abschiebungsbeobachtung ist beim Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe (Diakonie RWL) angesiedelt.

2019 seien im Rahmen von Chartermaßnahmen (Sammel- und Kleincharter) oder Linienflügen insgesamt 4.460 Personen über Flughäfen in NRW abgeschoben worden. Am Flughafen Düsseldorf seien die Abschiebungszahlen 2019 mit 4.072 im Vergleich zum Vorjahr (5.008) zurückgegangen, während die Zahlen vom Flughafen Köln/Bonn aus im Vergleich zu 2018 (285) auf 378 gestiegen seien. Weitere zehn Menschen seien über den Flughafen Dortmund abgeschoben worden. Besonders häufig hätten die Sammelcharter Albanien, Kosovo und Georgien als Zielland angefliegen. Weiterhin seien wie bereits 2018 zwei „der gesellschaftlich und politisch umstrittenen“ Sammelabschiebungen nach Afghanistan über den Flughafen Düsseldorf abgewickelt worden. Bei allen Sammelabschiebungen im Jahr 2019 handele es sich um durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX koordinierte Maßnahmen unter der Federführung Deutschlands.

In einem Beitrag der Evangelischen Kirche Rheinland vom 13.08.2020 äußern sich die Abschiebungsbeobachterinnen Dalia Höhne und Elena Vorlaender zum Jahresbericht. Hinter den Daten, Fakten und Analysen des Berichts steckten vielfältige menschliche Schicksale. 2019 hätten Höhne und Vorlaender 1.000 Einzel- und Familienabschiebungen beobachtet. Auf 84 problematische Abschiebungen hätten sie das FFiNW aufmerksam gemacht. In 34 dieser Fälle hätten erhebliche gesundheitliche Probleme eine Rolle gespielt, fünf Abschiebungen mussten deshalb abgebrochen werden. Immer wieder würden Medikamente fehlen, insbesondere auch für die erste Zeit nach der Abschiebung im Zielland. Die Menschen seien deshalb nervös und aufgeregt, erklärte Vorlaender. Menschen würden selbst mit gefährlichen chronischen Erkrankungen in Zielstaaten mit mangelhafter Gesundheitsversorgung abgeschoben. Vor allem bei Menschen mit psychischen Erkrankungen wirkten sich die letzten Gesetzesverschärfungen in hohem Maße aus. „Wir haben den Eindruck, dass 2019 häufig psychisch kranke oder sogar suizidgefährdete Menschen zum Flughafen gebracht wurden“, erläuterte Dalia Höhne. In sechs Fällen seien Menschen „entweder direkt aus stationären Einrichtungen oder kurz nach ihrer Entlassung“ abgeschoben worden. In einem Fall sei dies aus einer Psychiatrie heraus erfolgt, obwohl psychiatrische Kliniken eigentlich Schutzräume seien.

Auch für Kinder seien Abschiebungen oft besonders belastend. So könne der Anblick von bewaffneten Polizistinnen für Minderjährige, die aus einem Bürgerkriegsland kommen, verstörend sein und retraumatisierend wirken. Nicht immer würden Familien gemeinsam abgeschoben. In einem Fall sei ein Vater mit seinen Kindern abgeschoben worden, während die Mutter nach einem Selbstmordversuch im Krankenhaus gelegen habe. 2019 hätten sich die Felder Gesundheit und Kindeswohl deutlich abgezeichnet, sagte Elena Vorlaender. Im kommenden Jahresbericht für 2020 könne man davon ausgehen, dass der Umgang mit dem Corona-Virus hinzukomme. Trotz Pandemie gebe es Abschiebungen am Flughafen Düsseldorf.

## Termine

**Köln**, 09.09.2020: Katholisches Bildungswerk: „Engagiert für Flüchtlinge in Köln – Online beim Deutschlernen begleiten“ – Einführung für Beginner/innen. 18:00 – 19:30 Uhr, Tunisstraße 4, 50667 Köln. Weitere Informationen auf [Katholisches Bildungswerk](#).

**Online-Seminar**, 09.09.2020: Kutairi – NRW kämpft gegen Mädchenbeschneidung: „Weibliche Genitalbeschneidung, inkl. pädiatrische Aspekte“. 15:00 – 16:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kutairi](#).

**Online-Austausch**, 14.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Wohnsitzauflagen“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Seminar**, 14.09.2020: Kutairi – NRW kämpft gegen Mädchenbeschneidung: „FGM/C in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Mädchenarbeit“. 14:30 – 16:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kutairi](#).

**Online-Kurzschulung**, 15.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Neuaufgabe – Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Köln**, 15.09.2020: AWO Köln: „Kontakt und Austausch für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenarbeit – Zeit für Sie!“. 18:00 – 19:30 Uhr, Rubensstraße 7, 50676 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Willkommenskultur Köln](#).

**Online-Austausch**, 17.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Umziehen in eigene Wohnung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Essen**, 17.09.2020: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: „Nicht aufhören anzufangen“ – Stabilisierung von Frauen in schwierigen Situationen. 10:00 – 17:00 Uhr, Beginenhof, Goethestraße 63 – 65, 45130 Essen. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.](#)

**Online-Austausch**, 21.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Eins-zu-eins-Begleitung von Flüchtlingen“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Köln**, 21.09.2020: AWO Köln: „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen – Zivilcourage ist lernbar!“. 15:00 – 19:00 Uhr, Rubensstraße 7, 50676 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Willkommenskultur Köln](#).

**Plakatausstellung Teil III**, 21.09. – 02.10.2020: Flüchtlingshilfe Sprockhövel: „Behind the Picture – Gesichter mit Geschichten“. Stadtparkasse, Hauptstraße 68, Niedersprockhövel. Weitere Informationen auf [Behind the Picture](#).

**Online-Austausch**, 24.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Kommunikation mit Behörden“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Webinar**, 24.09.2020: Solibund e.V & samo.fa Köln: Webinar-Reihe „Rassismus & Diskriminierung“: „Rassismus in der Werbung“. 17:00 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Willkommenskultur Köln](#).

**Online-Austausch**, 29.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Rechte von Flüchtlingskindern in der Praxis“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Köln**, 29.09.2020: MehrAlsQueer, rubicon Beratung & VHS Köln: Fachtagung NRW: „Mehrfachdiskriminierung - (k)ein Thema für uns?! Queere Perspektiven in der Arbeit zu Rassismus und Migration“, 10:00 – 16:00, Cäcilienstraße 29 – 33, 50676 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Fachtagung NRW Mehrfachdiskriminierung](#).

**Online-Austausch**, 30.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Anerkennung ausländischer Qualifikationen“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Schulung**, 01.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Köln**, 01.10.2020: IN VIA Köln e.V.: „Das Märchen von der Augenhöhe“ – Gemeinsam Wunsch und Wirklichkeit in der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit erkunden. 19:00 – 21:00 Uhr, Stolzestraße 1a, 50674 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Willkommenskultur Köln](#).

**Meerbusch**, 07.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Basis-Seminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00, Meerbusch hilft e.V., Am Plöneshof 2, 40670 Meerbusch. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

\* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

[www.frnrw.de](http://www.frnrw.de)

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum